

Und noch etwas: Es gibt seit 1948 feierliche Proklamationen und bindende Beschlüsse, die keinen Zweifel daran lassen, daß Berlin Hauptstadt ohne Wenn und Aber ist. Wer das ungeschehen machen möchte, setzt sich dem Verdacht aus, auch andere Festlegungen irgendwann nicht einhalten zu wollen.

Wir alle, meine Damen und Herren, müssen gesamtdeutsches Denken und gesamtdeutsches Entscheiden lernen. Was uns schadet, schadet diesseits wie jenseits der Elbe. Kosten sind deutsche Kosten, Erfolge sind die der ganzen Nation. Wir müssen föderalistisches Länderbewußtsein neu gewinnen. Es geht um das Bewußtsein, zusammenzugehören, ein Schicksal, eine Vergangenheit und eine Verantwortung, eine Gegenwart und eine Zukunft zu haben. Dazu braucht es eine Politik, die nicht zuerst auf den Vorteil einer Partei oder einer Koalition sich richtet, sondern die allen Deutschen nützt.

Gestatten Sie eine Nachbemerkung: Der Erfolg hat viele Väter, erinnert man sich bei manchen heute bereits angemeldeten Erziehungsrechten, gefolgert aus dem Anspruch, das oder das Element in den Einigungsvertrag als eigenschriftlich zu erklären, so haben wir denn auch die Hoffnung, daß die fünf neuen Länder nicht die bonmot-entsprechenden Waisenkinder werden mögen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Ich danke Herrn Ortleb. Als nächster spricht der Abgeordnete Krause, Fraktion CDU/DA.

Dr. Krause für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich vertrete im Namen meiner Fraktion heute hier die Auffassung, daß es in einer historisch so wichtigen Stunde wichtig ist, den nationalen Konsens zu suchen und zu finden und weniger kleinkariert über Einzelheiten zu diskutieren.

(Unmutsäußerungen bei den Oppositionsfraktionen)

Da Sie aber, Herr Thierse, mir die Aufforderung gegeben haben, zu einigen Dingen Stellung zu nehmen, muß ich das natürlich tun.

Sie erwähnten das Mindesteinkommen, und das wird nach wie vor häufig mit Mindestrente verwechselt. Wir haben im ersten Staatsvertrag ein Mindesteinkommen vereinbart. Das ist wesentlich weitreichender als die Mindestrente. Hier war in den Verhandlungskonzeptionen Ihrer Fraktion von 450 Mark die Rede. Ich würde eher sagen, wir haben gemeinsam 495 erreicht. Das ist fairer und trifft auch den Sachverhalt genauer.

(Beifall bei CDU/DA)

Als nächsten Punkt muß ich Ihnen sagen, Herr Thierse: Ich habe mich persönlich an Sie mit der Bitte gewandt, Abgeordnete Ihrer Fraktion, die ich auf Basis ihrer Sachkompetenz sehr schätze, die kein Amt in der Regierung mehr hatten, als Abgeordnete zum Einbringen ihres Wissens meiner Verhandlungsdelegation mit zur Verfügung zu stellen. Sie haben das abgelehnt, und ich finde es sehr makaber, ausschließlich den bundesdeutschen SPD-Vertretern dann die Erfolge der Sozialpolitik zuzuschreiben, wenn Sie nicht dazu sagen, daß Sie meinem Angebot, auch SPD-Abgeordnete in der Verhandlungsdelegation zu berücksichtigen, nicht nachgekommen sind und deshalb aus eigener Kraft diese Dinge nicht machen konnten.

(Widerspruch bei der SPD, Beifall bei CDU/DA)

Das ist die Realität. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich hier auf die Sachthemen stützen, weil ich der Meinung bin, daß unsere Bürger in erster Linie die Notwendigkeit erachten, sachlich informiert zu werden über Inhalte. Ich ge-

be natürlich recht, daß keiner frei sein kann, das etwa neutral und wertefrei zu machen. Es ist ganz klar, daß wir von unterschiedlichen politischen Lagern unterschiedliche Sichten nicht verleugnen können.

Trotzdem geht es aber in erster Linie um die Information, und das sollten wir in unserem Beitreten hier heute, bitte, beherzigen.

Die deutsche Souveränität ist nun besiegelt. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges verzichten zum 3. Oktober auf die alliierten Rechte und die Verantwortlichkeit über Berlin und Deutschland als Ganzes. Dies ist eine großartige Entscheidung für alle Deutschen, wie ich meine, und ich betone nachdrücklich, für die Deutschen sowohl in Ost als auch West, noch Ost und noch West.

Nach der Ratifikation dieses Ergebnisses der 2plus4-Verhandlungen gestern in Moskau und mit der anstehenden Ratifizierung des Einigungsvertrages durch die Volkskammer sowie die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind alle von uns genannten Voraussetzungen für eine geordnete Herstellung der deutschen Einheit gewährleistet, und ich gebe hier natürlich Herrn Gysi recht, daß von der politischen Grundaussage her wir von Anfang an differenziert für Artikel 23 plädiert haben, während Sie, als Sie begannen, über die deutsche Einheit in der PDS nachzudenken, eher den Artikel 146 als mögliches Mittel angesehen haben.

Mit dem Einigungsvertrag erfüllen wir den Auftrag der Präambel des Grundgesetzes, dessen Geltungsbereich die Deul; siehe Demokratische Republik am 3. Oktober beitrifft, in, ich zitiere, „freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Angesichts der Diskussion, die es auch in der christdemokratischen Partei zur Zeit gibt, - hier denke ich an die christdemokratische Partei West - liegt mir viel am Herzen, diesen Punkt zu betonen.

Die Präambel zollt ihren Respekt, erstens allen Bürgern, die auf friedliche Weise dieser Freiheit zum Durchbruch verholten haben, jenen Tausenden, aber Tausenden, die durch friedliche Proteste die Machthaber des alten Systems in die Knie zwangen, und wir sollten uns davor hüten, ausschließlich die einen oder die anderen nur in die eine oder andere Hälfte prinzipiell zu stoßen, weil wir dann aus der Sicht der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens uns die Fortentwicklung in einem gemeinsamen neuen Staat mit gemeinsam formulierten Grundsätzen, wenn auch aus dem Übergang heraus, von vornherein verbauen würden.

Mit diesem Einigungsvertrag können die Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik erhobenen Hauptes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, allerdings unter dem Aspekt, daß wir wissen, aus einer Situation in einen Staat zu kommen, in dem es an vielen Punkten etwas gibt, welches wir, wenn auch nur im Übergang zur Zeit geregelt, mit in die deutsche Einheit nehmen.

Die CDU-Fraktion hat größten Wert darauf gelegt, daß wir in voller Verantwortung des uns von den Bürgerinnen und Bürgern am 18. März 1990 übertragenen Mandats in Selbstbestimmung diese Einheit aushandeln. Die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland sind von Anfang an im Geiste einer sich zu entwickelnden Partnerschaft geführt worden, und ich muß darum werben, daß es weniger darum ging, Vertragspartnerverhandlungen gegeneinander, mit einer Zielstellung des Gegeneinanders zu realisieren, sondern vielmehr darum ging, aus zwei eine Situation zu machen, um im Einssein die bessere Zukunft vorzubereiten.

(Beifall bei CDU/DA)

Entsprechend der Bedeutung dieses Einigungsvertrages, die Fundamente für ein friedliches Zusammenleben in einem demokratischen, sozialen, geeinten Deutschland zu schaffen, hat meine Fraktion Wert darauf gelegt, daß sowohl die entsprechenden Länder als auch alle Fraktionen dieses Hauses von Beginn an mit in die Verhandlungen eingebunden worden sind.